

[M] DER SPIEGEL; Fotos: Juerg Christandl / APA-Images / KURIER / picture alliance; Fabian Weiss / DER SPIEGEL

Aufschlag mehr als 1100 Prozent

Affären Ausgerechnet der Orden der Barmherzigen Brüder soll jahrelang überteuerte Medikamente abgerechnet und so viele Millionen an Steuergeld erschlichen haben. Diesen Verdacht nähren SPIEGEL-Recherchen.

Die Apotheke Zum Granatapfel wirkt eher wie ein Ort für historische Festakte als wie einer für den Kauf von Medikamenten. Malereien schmücken den gut fünf Meter hohen Verkaufsraum. Von hölzernen Regalen blicken Büsten antiker Heiler herab, dazwischen glänzen vergoldete Vasen.

Hier, im zweiten Wiener Gemeindebezirk, zwischen Altbauten mit prunkvollen Fassaden, residieren die Barmherzigen Brüder. Der katholische Orden unterhält dort auch ein Krankenhaus und seine Provinzverwaltung.

Vor rund 400 Jahren kaufte Kaiser Ferdinand II. die Apotheke für die Ordensbrüder. Sie verdienten damit »etwas Geld«, heißt es in einer Festschrift.

Im Jahr 1671 wandten sich die Mönche demnach an den Hof und betonten, dass ihr »Hospital auf die Einkünfte aus der Apotheke nicht verzichten könne«. Zwischenzeitlich befreite die Obrigkeit den Orden sogar von der Erwerbsteuer.

In Wien regiert längst kein Kaiser mehr. Die Barmherzigen Brüder verdienen mit ihrer Apotheke aber immer noch viel Geld. Nur dass sie sich mittlerweile ihre Privilegien offenbar selbst schaffen.

Dem SPIEGEL liegen interne Unterlagen aus dem Rechnungswesen der Barmherzigen Brüder vor. Die Interna nähren einen schwerwiegenden Verdacht: Hat der katholische Orden seinen eigenen Krankenhäusern Medikamente mit exorbitanten Aufschlägen verkauft – und sich auf diesem Weg womöglich Steuergeld in Millionenhöhe erschlichen?

Die Dokumente deuten auf ein ebenso ausgeklügeltes wie fragwürdiges Abrechnungssystem hin, das womöglich über etliche Jahre bestand. Es könnte sich um einen der größten Finanzskandale der katholischen Kirche handeln.

Die Barmherzigen Brüder weisen den Vorwurf, sich systematisch ungerechtfertigt bereichert zu haben, zurück. Die Verrechnung entspreche den geltenden Rechtsgrundlagen, teilte der Orden auf SPIEGEL-Anfrage mit.

Die Abrechnungen der öffentlichen und gemeinnützigen Krankenhäuser würden im Rahmen der Wirtschaftsaufsicht der Bundesländer von den zuständigen Landesstellen regelmäßig kontrolliert. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Bislang genießen die Barmherzigen Brüder einen tadellosen Ruf, der zu ihrem Selbstbild passt. »Hospitalität«, die Gastfreundschaft, sei ihr »zentrales Charisma«, heißt es auf ihrer Website. Der Leitspruch: Gutes tun und es gut tun.

Mit frommen Versprechen und im Namen Gottes betreibt die Gemeinschaft weltweit Einrichtungen, auch in Deutschland. Die Häuser in Bayern und Hessen, in Tschechien, Ungarn und Österreich sowie in der Slowakei bilden seit Anfang des Jahres die Ordensprovinz Europa Mitte. An ihrer Spitze steht ein Deutscher: Frater Rudolf Knopp.

Gesteuert wird der geistliche Bezirk von Wien aus, wohin Ordensgründer Johannes von Gott einst als Soldat für den Kaiser gezogen sein soll. Der Heiliggesprochene gilt als Schutzpatron der Krankenhäuser.

In der Monarchie wurde der Orden groß, in der Republik Österreich ist er systemrelevant. Seine Krankenhäuser zählen zur kritischen Infrastruktur. Die Barmherzigen Brüder betreiben neben Kliniken Pflegezentren, Seniorenheime und Spezialambulanzen.

Mehr als 8000 Menschen arbeiten für die Männer im schwarzen Habit. Für 2024 verzeichneten ihre Einrichtungen nach eigenen Angaben knapp 870.000 ambulante Patientenkontakte.

Gäbe es den Orden nicht, hätte das Land ein Problem. Vielleicht hat man deshalb bislang womöglich nicht richtig hinsehen wollen?

An einem Vormittag Mitte Oktober empfängt Ramin Mirfakhrai zu einem Gespräch in seiner Kanzlei. Sie liegt in bester Wiener Innenstadtlage, wenige Gehminuten vom Stephansdom entfernt.

1 | Frater Knopp **2 |** Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Wien
3, 4 | Apotheke der Barmherzigen Brüder in der Taborstraße in Wien

In Österreich kennt man Mirfakhrai als den »Ibiza-Anwalt«. Die Baleareninsel machte ihn zu einer Figur der österreichischen Zeitgeschichte. Dort war Heinz-Christian Strache, damals Chef der radikal rechten FPÖ, in eine Falle gelockt worden.

Vor einer vermeintlichen russischen Oligarchen-Nichte schwadronierte er über dubiose Deals. Versteckte Kameras zeichneten alles auf.

Der SPIEGEL und die »Süddeutsche Zeitung« veröffentlichten das Material gemeinsam. Die Enthüllungen sprengten die österreichische Regierung, Rechtspopulist Straches steile Karriere endete im Absturz. Finanziert hatte die aufwendige Videofalle Mirfakhrai.

Der Anwalt, eigentlich auf Immobilienrecht spezialisiert, hat Gefallen am Aufdecken gefunden. Dieses Mal hat er den SPIEGEL im Namen des von ihm mitgegründeten Vereins Ans Licht! kontaktiert, einer Whistleblower-Plattform.

Erneut geht es um heikles Material. Eine ihm bis dahin unbekannte Person habe es per Mail angeboten, erzählt Mirfakhrai. Er holt sein Handy hervor und scrollt zurück zur ersten Nachricht. Es gehe um »möglicherweise strafrechtlich relevante Handlungen«, steht dort. Ihm sei sofort klar gewesen: Das Material sei »relevant und hochbrisant«.

Die Barmherzigen Brüder betreiben in Österreich sieben Krankenhäuser, quer verteilt über die Republik. An vier Standorten haben die angeschlossenen Apotheken eine unübliche Doppelfunktion. Sie versorgen die Spitäler des katholischen Ordens und beliefern auch andere Kliniken. Zugleich stehen die Apotheken der Öffentlichkeit offen.

Die Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, stammen augenscheinlich aus der Buchhaltung der Brüder. Sie geben Einblick in die Preise, zu denen diese Apotheken Medikamente ein- und weiterverkauften.

Fein säuberlich sind die einzelnen Präparate aufgelistet. Daneben stehen jeweils drei Preise: der durchschnittliche Einkaufspreis der Apotheke, der Verkaufspreis an die Krankenhäuser der Barmherzigen Brüder und jener für andere Krankenanstalten.

Was die Zahlen offenbaren, passt kaum zu den salbungsvollen Worten, mit denen der Orden seine Arbeit bewirbt. Es wirkt mehr wie eine schwere Sünde als gelebte Nächstenliebe.

Für Lieferungen an externe Kliniken weisen die Unterlagen meist Aufschläge im niedrigen zweistelligen Prozentbereich aus. Den eigenen Krankenhäusern hingegen berechneten die Apotheken demnach horrende Summen. Teilweise finden sich mehr als 1000 Prozent Aufschlag auf den Einkaufspreis.

Da ist etwa das Antibiotikum Piperacillin/Tazobactam Sandoz, Pharmazentralnummer 3908668. Für die Apotheke Linz

Das österreichische Gesundheitssystem ist ein schwer durchschaubares Geflecht.

verzeichnet die Liste einen durchschnittlichen Einkaufspreis von 19,49 Euro je Mengeneinheit. Für den Weiterverkauf an die Diakonissen Linz, die nicht den Brüdern gehören, einen Verkaufspreis von 24,15 Euro.

So weit, so üblich.

Was dann folgt, ist je nach Lesart ein göttliches Finanzwunder oder ein dreistes System, das womöglich zur Bereicherung diente.

Für die eigene Klinik am selben Standort stehen bei demselben Präparat 241,25 Euro in der Liste. Also fast das Zehnfache des Preises für den externen Abnehmer.

Ein Aufschlag auf den durchschnittlichen Einkaufspreis von mehr als 1100 Prozent.

Die Barmherzigen Brüder erklären die enormen Unterschiede auf die erste SPIEGEL-Anfrage so, eine Nachfrage blieb unbeantwortet: Die Preise für die eigenen Spitäler würden neben den Medikamenten auch klinisch-pharmazeutische Leistungen umfassen. Dazu zählten etwa die Aufbereitung von Arzneimitteln, Personal bei Visiten sowie IT und Lagerung.

Vergleiche mit reinen Einkaufspreisen oder Lieferungen an externe Einrichtungen seien »nicht aussagekräftig«. Die Umsätze der Apotheken würden sich wegen unterschiedlicher Kundenkreise und Leistungen nicht unmittelbar vergleichen lassen. Detailkalkulationen lägen den Prüfstellen vor.

Doch die Erklärung wirft Fragen auf. Etwa bei Meropenem, einem weitverbreiteten Breitbandantibiotikum. In Kliniken lösen Pflegekräfte das Pulver in Kochsalzlösung auf und verabreichen es per Tropf. Einen Apotheker braucht es dafür nicht.

Die Pharmazeuten fungieren als reine Logistiker: bestellen, einlagern, auf die Station liefern, Bestände im Blick halten. Laut den Buchhaltungsdaten war auch das dem Orden offenbar einen Aufschlag von mehr als 1000 Prozent wert.

Wozu das Ganze?

Die Antwort liegt vielleicht im österreichischen Gesundheitssystem. Es ist, wie so oft in Österreich, ein schwer durchschaubares föderales Geflecht. Die Finanzierung steht symbolisch für eine Republik, in der am Ende oftmals die mächtigen Landesfürsten das Sagen haben.

Das gilt auch für die Krankenhäuser von katholischen Orden.

Bei den Anstalten in Gottes Auftrag funktioniert die staatliche Mittelvergabe, vereinfacht gesagt, so: Die öffentliche Hand zahlt in sogenannte Landesgesundheitsfonds ein. Von dort gehen die Gelder in die Kliniken.

Doch sie reichen nicht, um sämtliche Kosten zu decken. Die verbleibende Lücke heißt im österreichischen Verwaltungsdeutsch »Betriebsabgang«.

Für dieses Defizit kommen wiederum größtenteils die Bundesländer auf.

»Hoch kompliziert und eigenartig« nennt das Thomas Czypionka. Der Ökonom leitet den Bereich Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik am Wiener Institut für Höhere Studien. Dass Österreich noch immer am komplizierten Mechanismus festhält, sei »unverständlich«.

Der Verdacht: Die überhöhten Medikamentenpreise könnten die Kosten der Ordenskliniken aufgebläht haben und somit die Betriebsabgänge. Einen Großteil der künstlich erzeugten Mehrkosten hätten dann womöglich die Länder getragen – und damit die Steuerzahler.

In Deutschland wäre der mögliche Brüdertrick wirkungslos. Krankenhäuser rechnen hier über sogenannte Fallpauschalen ab, die auf realen Behandlungskosten beruhen. Medikamente sind in dem Tarif genauso abgegolten wie ärztliche Leistungen oder Diagnostik.

Wer günstig einkauft, behält mehr von der Pauschale. Österreich hat keinen dieser Sparhebel.

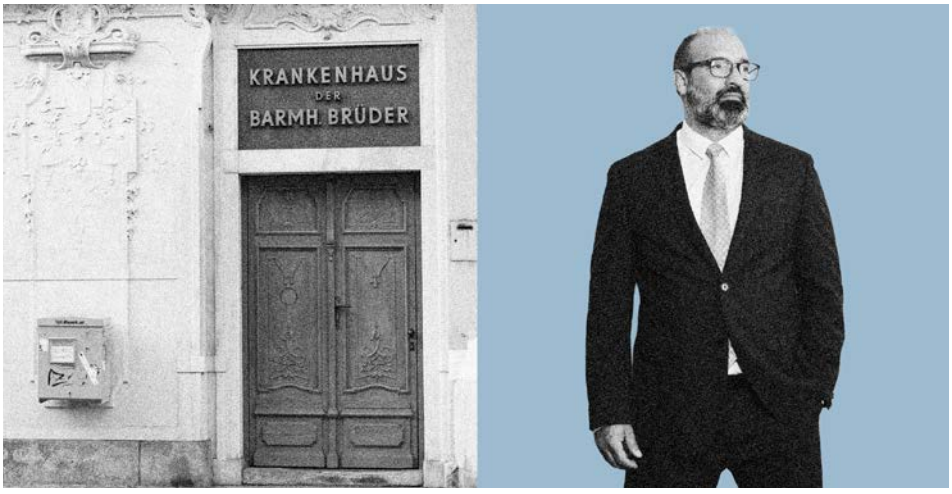
Die Person, die dem SPIEGEL das brisante Material über Anwalt Mirfakhrai und den Verein Ans Licht! zukommen ließ, möchte nicht namentlich genannt werden. Ende Oktober schlägt sie ein Wiener Traditionslokal als Treffpunkt vor. Vor ihr dampft es aus einer Tasse, grüner Tee.

Warum hat sie sich entschieden, ihr Wissen zu teilen? Die Gesichtszüge verhärten sich. Die Person spricht vom chronisch unter-

Krankenhäuser der Barmherzigen Brüder in Österreich



5 • Quelle: Barmherzige Brüder



Ordenskrankenhaus in Eisenstadt, Anwalt Mirfakhrai: Fromme Versprechen

finanzierten Gesundheitswesen, von knappen öffentlichen Mitteln. »Ich habe diesen Schritt gesetzt, weil mir der verantwortungsvolle Einsatz dieser Gelder wichtig ist.«

Gegen kirchliche Einrichtungen habe sie nichts. Doch die zuständigen Aufsichtsbehörden müssten »ihrer Kontrollfunktion künftig konsequent nachkommen«. Der Satz fällt mehrmals. Als zweifelte die Person daran, dass die Verantwortlichen den Missstand tatsächlich abstellen.

Womöglich nicht zu Unrecht.

Es bleibt nicht nur die Frage, wie es so weit kommen konnte. Sondern auch, warum offenbar so lange niemand etwas bemerkt haben will. Schon 2019 eskalierte im Burgenland, dem, gemessen an der Bevölkerung, kleinsten Bundesland Österreichs, ein heftiger Streit über eine Apotheke des Ordens.

Die Barmherzigen Brüder verklagten das Land auf mehr als 33 Millionen Euro. Ihr Vorwurf: Die öffentliche Hand halte Gelder zurück, die dem Ausgleich der Betriebsverluste ihres Krankenhauses dienen sollten.

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil begründete den Zahlungsstopp seinerseits mit überhöhten Arzneimittelpreisen: Die Ordensapotheke habe dem eigenen Spital Medikamente zu teuer verrechnet.

Den Schaden für das Land bezifferte der Sozialdemokrat auf mehr als zwei Millionen Euro – pro Jahr.

Es ist der gleiche Verdacht, den die dem SPIEGEL vorliegenden Unterlagen nun auch für andere Bundesländer untermauern. Der Konflikt im Burgenland endete mit einem Vergleich.

Ein bislang unbekannter Teil des Deals ist offenbar millionenschwer: Auch in Eisenstadt sollen wegen des einheitlichen SAP-Abrechnungssystems weiterhin erhöhte Medikamentenpreise berechnet worden sein.

Um »Übergewinne« zu vermeiden, erhält das Krankenhaus laut den internen Unterlagen offenbar Geld zurück über eine Gutschrift der Apotheke. Für 2024 soll sie rund 6,05 Millionen Euro netto betragen haben. Weder die Barmherzigen Brüder noch das Land Burgenland wollten sich dazu äußern.

Der Streit zwischen Kirche und Staat hatte wochenlang Schlagzeilen gemacht. Dass er in anderen Landeshauptstädten unbemerkt blieb, ist kaum vorstellbar.

Dennoch blieben die Verantwortlichen offenbar untätig. Die Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, dokumentieren Abrechnungen aus dem Jahr 2024. Allein in dem Jahr könnten auf diesem Weg mutmaßlich ungerechtfertigte Zahlungen in Millionenhöhe an die Barmherzigen Brüder geflossen sein.

Es scheint schwer vorstellbar, dass der Orden nur in diesem Jahr so in die Staatskasse gegriffen hat. Wo sind die möglichen Gewinne geblieben? Was haben die Brüder mit den potenziellen Millionen gemacht?

Der Orden erklärt, die Apotheken seien anders als die gemeinnützigen Spitäler gewerbliche Einrichtungen und versteuerten ihre Erträge. Überschüsse aus der Belieferung der Krankenhäuser verblieben am jeweiligen Standort. Das sei »eine seit Jahrzehnten gelebte Praxis«.

Die Affäre trifft Österreich in einer Phase, in der das Gesundheitswesen massiv unter Druck steht. Vielerorts fehlt Geld.

Die Affäre trifft Österreich in einer Phase, in der das Gesundheitswesen massiv unter Druck steht. Es genießt international einen guten Ruf, der Zugang zur Versorgung gilt als niederschwellig, die Behandlungsqualität als hoch.

Doch das System ist vergleichsweise teuer. Vielerorts fehlt Geld. Wie in Deutschland beklagen Experten seit Jahren Ineffizienz und Intransparenz. Österreich leistet sich ein dichtes Geflecht aus Förderungen und Zuschüssen.

Umso schwerer wiegt der Verdacht, dass der Orden über fragwürdige Abrechnungen öffentliche Millionen kassiert haben könnte – während andernorts das Geld für die Versorgung der Patienten fehlt.

Das System gerät nun in Bedrängnis. Mittlerweile gibt es den nächsten öffentlichen Aufschrei, diesmal in der Steiermark. Dort kursierten im Frühjahr Gerüchte über eine fragwürdige Abrechnungspraxis. Die geschilderten Vorgänge sollen nach SPIEGEL-Informationen jenen im Burgenland verdächtig geähnelt haben.

Das Land begann daraufhin, die augenscheinlich dubiose Abrechnungspraxis zu prüfen. Die Beamten kamen bislang offenbar ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Apotheke der Barmherzigen Brüder in Graz dem ordenseigenen Krankenhaus über Jahre Medikamente mit horrenden Aufschlägen verrechnet haben soll.

Über die Prüfung hatte zunächst die »Kleine Zeitung« berichtet. Die Ergebnisse decken sich offenbar weitgehend mit den Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen. Im Raum stehen Rückforderungen und mögliche Schadensersatzansprüche.

Die Barmherzigen Brüder teilten mit, sie hätten alle angeforderten Unterlagen vorgelegt und für eine Stellungnahme unabhängige Experten hinzugezogen. Die abschließende Bewertung stehe noch aus. Zu Einzelfragen der Verrechnung wolle sich der Orden im laufenden Verfahren nicht äußern.

Allerdings hätten zwischen 2009 und 2025 »die Gesamtinvestitionen vor Ort aus Eigenmitteln in das öffentliche Spital am Standort Graz die Überschüsse der Apotheke deutlich« überstiegen.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft gewaltig. Der Leitspruch »Gutes tun und es gut tun« klingt eher nach einer Anleitung der Ordensentscheider, möglichst raffiniert Geld abzuzweigen. Barmherzig wirken die Brüder gerade nicht mehr. Ihr Handeln klingt eher nach Habgier, nach alter kirchlicher Lehre eine der sieben Todsünden.

Oliver Das Gupta, Martin U. Müller, Timo Schober S

[M] DER SPIEGEL; Fotos: Weingartner-Foto / picturedesk.com / picture alliance; Ingo Pertramer / DER SPIEGEL